

Antrag G03: Aufarbeitung der Corona-Pandemie durch die Oppositionspartei DIE LINKE

Antragsteller*in:

Gudrun Schumann (BAG Gesundheit und Soziales), Dr. Viola Schubert-Lehnhardt (BAG Gesundheit und Soziales), Dr. Anne Urschll (BAG Gesundheit und Soziales)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Corona-Pandemie ist politisch umfassend aufzuarbeiten als gesundheitspolitischer
- 2 Ratschlag zur Einschätzung und Auswertung der Corona-Politik der Bundesregierung. Es
- 3 sind Schlussfolgerungen für die Erarbeitung einer linken gesundheitspolitischen
- 4 Strategie zu ziehen und der Austeritätspolitik eine klare Absage zu erteilen.
- 5 Folgende Aspekte sind einzubeziehen:
 - 6 • Das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zwischen
 - 7 Ökonomisierung und Kommerzialisierung und medizinischem Versorgungsauftrag,
 - 8 • Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und die Wirkung des gesetzlichen
 - 9 Sicherstellungsauftrages bei einer segmentierten Patientenversorgung,
 - 10 • Die Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als aufsuchender und sozial
 - 11 kompensatorischer Dienst,
 - 12 • Die Interdisziplinäre Zusammenarbeit im medizinisch-wissenschaftlichen Bereich
 - 13 und die Rolle der Pharmaindustrie
 - 14 • Einheitliche belastbare wissenschaftliche Datenerhebung und öffentlicher Diskurs
 - 15 in und mit der Gesellschaft,
 - 16 • Vor- und Nachteile des Föderalismus bei der Koordinierung staatlicher Maßnahmen
 - 17 zur Bekämpfung der Pandemie,
 - 18 • Folgewirkungen des Lockdowns auf den Zusammenhalt der Gesellschaft mit ihren
 - 19 grundgesetzlich verankerten Werten sind festzustellen
 - 20 • Erfahrungen aus dem Impfwesen der DDR sinnvoll in linke Gesundheitspolitik
 - 21 einbeziehen und eine kontinuierliche Prävention betreiben.

Begründung

Mit den Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist zeitweise das gesamte gesellschaftliche Leben zum Erliegen gekommen. Besonders hart war das Kappen der sozialen Beziehungen. Darunter haben Menschen aller Altersgruppen, ob Infizierte oder Nichtinfizierte, gelitten. Die Zerklüftung der Wissenschaftslandschaft hat sich als Hindernis bei der Zusammenführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und der schnellen wirkungsvollen Anwendung gegen die Pandemie gezeigt. In der Öffentlichkeit wurde eine einseitige Ausrichtung der Diskussion wahrgenommen, die zu Misstrauen in die Politik und zu Akzeptanzproblemen von festgelegten Maßnahmen führte. Erfahrungen von Impfstrategien und Präventionsarbeit, wie in der DDR praktiziert, wurden in keiner Weise genutzt. Damit wurden auch Chancen vertan, den Osten in die gesundheitspolitische Arbeit der Linken einzubeziehen.

Die Sparpolitik vorangegangener Jahre hat tiefe personelle und auch materiell-technische Spuren hinterlassen. Nicht nur in Kliniken fehlt(e) vor allem Pflegepersonal und notwendige Schutzausrüstung. Völlig unterfinanziert ist der Öffentliche Gesundheitsdienst, dem es an Ausrüstung und Personal mangelt. Aufgrund dessen war er nicht in der Lage, alle Daten tagesaktuell zu erfassen und einer zentralen Auswertung zuzuführen.

Die Linke ist in der Zeit der Pandemie kaum in Erscheinung getreten und hat dem

Staatsinterventionismus nichts entgegen gehalten. Ideen und erkennbare konzeptionelle Vorstellungen basierend auf dem Erfurter Parteiprogramm fehlten. Dieses Defizit ist aufzuarbeiten unter Beteiligung der Mitglieder der Linken und interessierten Bürgern bis Ende des Jahres.